

Am Dienstag waren wir bei der Fraktionssitzung der SPD, die mit einem Bürgerdialog zum Thema Lauseberg geworben hatte.

Außer uns war noch einer der Mitbegründer und ehemaliges Vorstandsmitglied des Robert-Koch-Parks anwesend, der eindringlich auf die vorprogrammierte Zerstörung des Robert-Koch-Parks im Falle der großflächigen Versiegelung des Lausebergs hinwies.

Auch konnten wir mit den Behauptungen der SPD nicht konform gehen:

„Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Kapazitätsproblemen des Wasserwerkes und dem Bau des Gymnasiums.“

Diese Aussage ist milde gesagt realitätsfremd. **JEDER EINZELNE ZUSÄTZLICHER WASSERNUTZER WIRKT SICH AUF DIE KAPAZITÄTSPROBLEME DES WASSERWERKES NEGATIV UND PROBLEMVERSTÄRKEND AUS.**

Wir erinnerten an dieser Stelle daran, dass Herr Voß und Frau Gambal Voß, beide SPD Mitglieder, die seit über 20 Jahren die Bürger in Panketal vertreten, bei der letzten Gemeindefassung verlauten ließen, man solle das Bauen sowohl der Panketaler Bürger als auch der privaten Investoren aufgrund der Wassersituation verbieten, was zwar verständlich, aber rechtlich bisher nicht möglich ist, denn wir sprechen hier von Flächen, die bereits seit Jahren als Baugebiet ausgewiesen sind. **ES WIRD ALSO WEITERHIN GEBAUT, VERSIEGELT UND DAS PROBLEM VERSCHÄRFT WERDEN!**

Eine aktuelle Stellungnahme der Werksleiterin der vom 15. März 2024 (Bauvorhaben von Wohnungen in Panketal) besagt eindeutig:

„für weitere Bauvorhaben in Panketal ist die Erschließung Wasser und Schmutzwasser nicht gesichert

Die Kapazitäten sind erschöpft.“

IGEK Panketal 2040, S. 123: *Gemäß wasserrechtlicher Bewilligung für das Wasserwerk Zepernick dürfen derzeit 1,2 Mio. m³ im Jahr gefördert werden. Durch die derzeitigen Einwohner ist dieses Fördervolumen unter dem aktuellen Nutzerverhalten bereits zu 94% ausgeschöpft.*

„Hier ist noch nicht berücksichtigt: 220 Wohnungen Eichenring, Wohnungen in der Neckarstraße, 15 Einfamilienhäuser in der Rigistraße, Schule in der Elbestraße und Schule am Lauseberg.“

IGEK Panketal 2040, S. 124: *Die Gemeindevertretung hat den Bürgermeister mit der PV-55-2020-3 beauftragt, gemeinsam mit dem Eigenbetrieb Kommunalservice Panketal und der AG Wasser auf der Grundlage des Siedlungsszenarios 2 „moderat im Bestand“ ein „Gesamtkonzept Trinkwasser und Schmutzwasser“ aufzustellen.*

„Dieses liegt noch nicht vor.“

Zumindest der Bürgermeister und die Gemeindevertreter Herr Uwe Voß und Frau Gambal-Voß sollten diese Stellungnahme gelesen haben, denn diese diente als Vorlage zur Abstimmung über das Vorhaben.

„Besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.“

Willi Brandt

Fakt ist, dass die kritische Bevölkerungszahl von 18.000 bereits 2003 überschritten wurde und die notwendigen Vorbereitungen zum Bau eines weiteren Wasserwerkes vor einem Vierteljahrhundert hätten beginnen müssen. Die Mitverantwortlichen für diese Versäumnisse sind die Gemeindevertreter und Bürgermeister der letzten 25 Jahre und jene waren nicht auf der Höhe jener Zeit.

Stellen Sie sich vor, es hätte damals eine „Bürgerinitiative Wasserwerk“ gegeben, dann würden wir heute nicht vor diesen Problemen stehen.

Als nächstes wurde in der Einladung der Fraktion erwähnt:

"Alle Baumaßnahmen werden im Einklang mit den gesetzlichen Vorschriften zum Umweltschutz geplant."

Was denn sonst? Dennoch:

Die beantragten Gutachten geben lediglich vor, welche Maßnahmen ergriffen werden müssten, damit dennoch an dieser Stelle gebaut werden kann. Egal unter welchen Umständen, technischen und finanziellen Einsatz auch immer. Das heißt übersetzt, ein Gutachten würde auch die Voraussetzungen für den Bau auf dem Mond möglich erscheinen lassen.

Es verschwendet halt Steuergelder für die zusätzlichen Aufwendungen, die aufgrund der ausgedehnten Planung, höherer Personalkosten, technischen Ausführungen der zusätzlichen Bauten (Rigolen, Zisternen, Versickerungsmulden, Rückhaltebecken, Filteranlagen etc.), das Programmieren von Softwarelösungen für intelligente Wasserversickerung. Dies alles produziert Folgekosten z.B. für deren Wartung und Instandhaltung aller Systeme. Hier sprechen wir bloß über eine Kostenexplosion, die sich lediglich aus den Maßnahmen bzgl. Wasserschutz, Abwasser und Umgang mit dem Niederschlagswasser ergeben. Die Kosten für den ausgedehnten Lärmschutz und für die Umsetzung der Vorgaben eines Verkehrskonzeptes sprechen wir an dieser Stelle erst gar nicht an.

Zudem sollte jedem klar sein: Wenn diese teuer erkaufte Maßnahmen NICHT ausreichen, dann werden Bestimmungen und Gesetze aufgeweicht und Ausnahmeregelungen erarbeitet und zwar von den Gutachtern in enger Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung. Ein ergebnisneutrales Gutachten sieht natürlich anders aus.

Weiter wird in der Einladung behauptet:

"Das geschah bereits mit der Bebauung entlang der Buchenallee vor einigen Jahren und anderen Bauprojekten im großen Einzugsbereich des Trinkwassergebietes."

Diese Vergleiche hinken nicht nur, sie sind grob irreführend und unredlich. Der B-Plan der genannten „Wohnsiedlung Schlüterstrasse – Buchenallee“ wurde vor über 20 Jahren aufgestellt und die Siedlung befindet sich nach wie vor größtenteils außerhalb des WSG.

Das WSG wiederum wurde erst 2012, also sieben Jahre nach Fertigstellung der Siedlung festgesetzt. Dennoch wurde weitsichtig an den Biotopverbund bzw. Vernetzung gedacht. Zu diesem Zwecke ist 2002 im Bebauungsplan Nr. 11 „Wohnsiedlung Schlüterstrasse – Buchenallee“ ein „Grünzug“ geplant und aufwendig umgesetzt worden, damit die Biotope LSG „Westbarnim“ einschließlich der „Rieselfelder“ durch die neue Wohnsiedlung, über den Lauseberg und Priesterwald mit dem NSG „Faule Wiesen bei Bernau“ verbunden werden. Durch den Bau der Wettkampfarena würde der Biotopverbund nach Jahrhunderten zerschnitten.

Zudem, allein das schiere **Ausmaß der Versiegelung** im WSG stellt eine radikal andere Dimension der Zerstörung und Gefahrenquelle für Natur und Grundwasserleiter dar **als in jedem bereits bewilligten Bauprojekt** in Panketal, auch wenn dies immer wieder gern mit anderen Bauvorhaben gleichgesetzt wird.

Klar ist, die Gemeinde hat eine **starke Vorbildfunktion** und **muss** in diesem Sinne jegliche Versiegelungen im WSG unbedingt vermeiden.

Daher fordern wir nachdrücklich die Prüfung eines alternativen Standortes - Es ist Zeit für Plan B!